

# Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kleinstes Zeitung des Bezirks

**Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 Mk. ohne Zust. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Konto Nr. 3. — Postkontokonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

**Anzeigenpreise:** Die sechsgepalte Postzeitung 50 Pf., außerhalb der Amtshauptmannschaft 75 Pf., im amtlichen Teil (aus von Behörden) die Zeile 200 Pf. — Einzelamt und Reklamen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 62

Dienstag den 15. März 1921

87. Jahrgang

## Reichsnotopfer.

Nachdem die einstweiligen Reichsnotopfer-Steuerbescheide für sämtliche Orte des Finanzamtsbezirks Haldonau zur Post gegeben worden sind, wird bekanntgegeben, daß die einen Monat betragende Frist zur Einlegung des Einspruchs gegen die Steuerbescheide allgemein — mit Ausnahme der in der Gemeinde Burkhardswalde und im Gutsbezirk Neusegast wohnhaften Abgabepflichtigen mit dem

15. März 1921

beginnt und mit dem 14. April 1921 endet.

Für die in der Gemeinde Burkhardswalde und im Gutsbezirk Neusegast wohnhaften Abgabepflichtigen sowie für diejenigen, denen der einstweilige Reichsnotopfer-Steuerbescheid ausnahmsweise ebenfalls erst nach Beginn der allgemeinen Frist (15/3) zugestellt wird, beginnt die Einspruchsfrist mit dem auf die Zustellung folgenden Tage. Als Tag der Zustellung gilt bei eingeschriebenen Briefen in der Regel der 3. Tag nach der Aufgabe des Briefes bei der Post.

Finanzamt Haldonau, am 12. März 1921.

## Taubstumme oder der Taubstummheit verdächtige Kinder,

die das Gehörlose Alter erreicht haben und sich nicht in einer Taubstummenanstalt befinden, sind bis zum 1. April d. J. bei dem unterzeichneten Stadtrate anzumelden.

Dippoldiswalde, den 15. März 1921.

Der Stadtrat.

## Vertikales und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Im Reichstheaterhaus steht am Sonnabend der Verein „Gück zu!“ seinen Semester Abschiedsball ab. Der Einladung dazu waren viele Damen und Herren aus der Bürgerchaft, Kartellbrüder aus Chemnitz und Glaschütze sowie ein großer Damenchor und auch viele U. S. von auswärtig gefolgt. Neben mehreren Theaterstücken, die recht flott und wohlbeleuchtet gespielt wurden, erheben sich besonders zwei Vorträge von Klavier, Cello und Violine der Herren Weder Eisner und Bürktranz. In seiner Ansprache vor der Bühne, Herr Stefan Koller mütterlichen Seiten den Kommilitonen herzliche Abschiedsworte zu und brachte Dank für den Lehrer-Kollektum der Anstalt und der Dippoldiswalder Bürgerchaft, was dann keines eines Dippoldiswalder Verfallenden noch besonders bekräftigt wurde. Ein Ball schloß sich an, dem Kaffeelager mit verschiedenen kleineren Vorträgen folgte.

Die Arbeit im Bezirkslehrerverein Dippoldiswalde, die die innere Ausgestaltung unserer Schulkommune erstrebt, schreitet rüstig vorwärts. Am Sonnabend beriet Herr Lehrer Dietrich—Dippoldiswalde vor einer reichbesuchten Versammlung seine Vorträge über die Arbeit im Bezirk (Dr. Kuhn—Leipzig) Neuben des Reichsnotopfers. Er legte einen Bericht über diesen Unterricht in der Volksschule vor. Darin bezeichnet er als Ziel die mathematische Bildung, d. h. die Fähigkeit, alle Dinge und Erklärungen des täglichen Lebens rechnerisch zu erfassen. Zur Erreichung dieses Zieles ist im Bildungsplan eine der gesamten natürlichen Erziehung der mathematischen Arbeit des Kindes entsprechende Folge von Erziehungszielen aufgestellt, in der im Unterricht je nach dem Wohlstand ebendieser Arbeit fortgeschritten werden soll. Durch wissenschaftliche Vorträge und durch praktische Vorführungen mit zwei Klassen unserer Volksschule zeigte Herr Dietrich, wie diese dem geistigen Stande des bestimmten Schuljahres völlig angepassten Erziehungsziele unter feinstufiger Eigenständigkeit der Kinder erreicht werden können. — Die Ausführungen des Herrn Dietrich fanden allgemeine Zustimmung. Über den Lehrplan selbst soll im neuen Schuljahr weiterberaten werden. Jedoch in kurzer Zeit die Einführung eines den pädagogischen Forderungen der Neuzeit entsprechenden Lehrplans für diesen wichtigen Unterrichtszweig in unserem Bezirke zu erwarten ist. — Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen berichtete Herr Lehrer Schützer—Reinholdsdorf über die Arbeiten des Bezirkslehrervereins. Zur Aufstellung von Grundrissen für die Kantonsbürgerliche Erziehung erklärte sich Herr Bezirkslehrer Dr. Stein und Herr Lehrer Löwe—Haldonau bereit. Auf Anregung der Junglehrerschaft soll nach Oben hier eine Vortragsreihe über die Einführung in die Philosophie von Herrn Dr. Waidmann—Dresden stattfinden. Hierzu wird der Vereinsvorstand noch Näheres bekanntgeben.

Die Dresdner Operngesellschaft gab gestern Sonntag ihre zweite Vorstellung in Dippoldiswalde und, um es vorweg zu nehmen, sie verdient eine weit bessere Beurteilung als die erste (Vergleiche mit hoch subventionierten Operngesellschaften darf man sich selbstverständlich nicht anstellen). Die Vorstellung ist die gestern aufgeführte Oper „Martha“ an sich dankbarer. Jedenfalls muß man anerkennen, daß die Mitglieder des Ensembles, das durch Hil. Jönas, Dr. G. und Herrn Gustav Bude sich sehr gut ergänzt hat, mit Gleich-

beim waren, ihrer Aufgabe gerecht zu werden, und jedenfalls mit viel besserem Erfolg, als beim ersten Gastspiel. Einzelne Szenen gelangen so gut, daß man sogar die Ungünstigkeiten der Kleinstadtbühne usw. vergaß, die ein solches Unternehmen, wie bereits früher betont, immer zu einem Risiko machen. Umso mehr war der schwache Besuch zu bedauern. — Aufmerksamkeit gemacht ist aber darauf, daß bei einer Oper das Vorspiel nicht eine das akademische Viertel verdrängt: Musik ist, während der man sich unterhält und zwar mit einem mit der Musikstärke sich steigenden Aufwand an Sittmitteln (überwiegend eine ständige Fingerring des Kleinstadtheaters, die das Publikum selbst beisteuert), hier gehört das Vorspiel zur Aufführung selbst. Und dann: Das Randverbot im Theater gilt auch für die Oper! — Alles in allem: Die „Martha“ war für die hierige Verhältnisse eine ganz gute Leistung. Geht weiter so vorwärts, kann der Besuch etwaiger weiterer Gastspiele nur empfohlen werden.

Bei der Vortragsveranstaltung des hiesigen Wohltätigkeitsvereins „Sächsisches Besichtigungsamt“ am gestrigen Sonntag wurden folgende Hauptgewinne gezogen: Nr. 785 (eine Raumheizung), Nr. 1207 (ein Kleiderkasten) und 1781 (ein Spielzeug). Die Gewinnliste ist im Anhangsteil der heutigen Nummer veröffentlicht. Die Gewinne sind bis zum 20. d. M. abzuholen.

Am nächsten Freitag früh 8 Uhr findet in hiesiger Landwirtschaflichen Schule die Prüfung statt. — Mit derselben dürfte leider, wie wir hören, die Anwesenheit der Schule in unserer Stadt beendet sein, da dieselbe mit Beginn des Winterhalbjahres nach Tharandt und Lauenstein verlegt werden wird.

Von den betreffenden Prüfungs-Kommissionen haben nach § 133 der Gewerbeordnung im Bezirke der Gewerbetämmer Dresden in letzter Zeit die Meisterprüfung bestanden, für Hiesiger: Hugo Hermann in Dippoldiswalde, Max Jozel in Raudorf, Max Risch in Allenberg, Emil Wilhelm in Forst; für Wälder: Karl Meyer in Dippoldiswalde; für Schmiede: Oswald Gehrmann in Ebersdorf; für Tischler: Otto Arnold in Schmiedeberg, Hermann Studel in Dippoldiswalde; für Metzger- und Fleischhauer, sowie Zeugmacher: Rich Wende in Ebersdorf.

Das Wetter der gegenwärtigen Zeit ist fast aus dem Zustande des Wohlstandes herausgetreten und herrscht, abgesehen von den kühlen Morgenstunden, den Tag über fast sommerliche Wärme, und dabei schreiden wir erst Mitte März. Ja, wenn wir zwei Monate weiter in der Zeitverlauf wären, da könnte man sich gefallen lassen, aber wie es jetzt ist, sagt man doch: So kann und wird nicht bleiben. Welche! Die ersten Blüten sind bereits ans Sonnenlicht gekommen; die verschiedenen Edelblühter in unseren Gärten haben schon ihr Köpfchen rasch (dabei aber glühend) gewand angelegt und erkennen das Auge des Naturfreundes.

Schmiedeberg. Vom Turm der Kapelle wurde in den letzten Wochen hier ein Vortragszyklus über einige Gegenwärtigen auf religiösem Gebiete veranstaltet, die ein allgemeines Interesse erregten. Als Redner sprach im ersten Vortrage Herr Max Fabrig aus Dresden über Idealismus und Egoismus, wobei letzteren er als die Grundtendenz aller Gefühle für die Menschheit hervorgehob. Der zweite Vortrag handelte von der wahren Religion, Wirklichkeit und

## Entlassungsfeiern in der Turnhalle.

Mittwoch den 16. März nachmittags 2 Uhr für die Fortbildungsschüler, Mittwoch den 16. März nachmittags 4 Uhr für die Handels- und Gewerbeschüler, Donnerstag den 17. März vormittags 10 Uhr für die Konfirmanden. Behörden, Erziehungsbehörden, Lehrern, sowie alle Freunde unserer Schulen werden hierdurch zur Teilnahme an diesen Feiern eingeladen.

Dippoldiswalde, am 14. März 1921.

Die Lehrerschaft.

E. Schmidt.

Rickert, Direktor.

## Bekanntmachung.

Erstatterte Anzeige zufolge ist das Einlagebuch Nr. 7827 der hiesigen Sparkasse abhanden gekommen. Den etwaigen Inhaber dieses Buches fordern wir hiermit auf, seine Ansprüche auf dieses Buch bei deren Verlust binnen drei Monaten, vom Tage des Erlasses dieser Bekanntmachung an gerechnet, bei uns anzumelden.

Kreischa, den 12. Februar 1921.

Die Sparkassenverwaltung.

J. B.

Freytag, Gemeindebevollmächtigter.

Drucksachen für Gemeindebehörden fertigt Buchdruckerei Carl Jehne.

Gleichheit. Alle Religionen gründen sich auf einen Gott und ein Fortleben der Seele im Jenseits, aber das erhabenste Bild des Gottes aller Liebe und Gerechtigkeit zeigt nur allein die christliche Religion. So führt uns die Verkörperung des großen Naturgesetzes der Nächstenliebe fortgesetzt dem Verderben zu. Eine sehr zahlreichere Zuhörerchaft fand sich, wie zu erwarten, zu den beiden letzten Vorträgen des Herrn Dählig ein, in denen dieser die Frage nach der Gotteslehre Jesu behandelte. Aus einer Fülle dieser Gedanken ist nur einliches hier in Kürze wiedergegeben: Redner brachte zunächst den überzeugenden Beweis, daß es sich mit modernen Anschauungen sehr wohl vereinbaren läßt, an die Gottheit Christi zu glauben, wenn nur der ernsthafte Wille zu einem scharfen Prüfen vorhanden ist. Viele leugnen, daß Jesus Gottes Sohn war, andere sehen in ihm die Fortsetzung einer Mythembildung, zusammengesetzt aus einem Kultgott altägyptischer und indischer Religionen. — Religionsgeschichtlich ist es aber ganz unmöglich, das Christentum ohne Christus zu erklären. Der Redner suchte das Problem auf rein sachverständigen Wege nach drei Richtungen hin zu lösen. Der Wunderbeweis für die Gottheit Jesu steht erhabener noch über seinen Heilwundern, die auf Kenntnis geheimer Naturgesetze beruhen, und von der Wissenschaft noch nicht ergründet sind. Vor allem war sich Jesus voll und ganz des Erfolges seiner Lehre bewußt. Er versprach nicht Reichtum, Macht und Ehre, vielmehr Verfolgung, Schmach und Tod; doch trotzdem fanden sich immer mehr Anhänger. Wie keine andere Organisation ist gerade das Christentum am schlimmsten bekämpft und befeindet worden, aber noch heute, nach Jahrtausenden, steht es siegreich fest. — Jesus, wahrhaftiger Gottessohn, das ist unser Bekenntnis und zur Gewißheit auf dem Wege des Erlebens und inneren Erlebens geworden, ein Herzensbeweis, an dem alles abprallt. Neben diesen steht noch der biblische Beweis fest, nach welchem Christus in seinem Weltbewußtsein eine Stellung über alle Propheten einnimmt, und sich als den Heils Heils stellt, wie es nur eine göttliche Autorität wagen konnte. In klaren bestimmten Ausprüchen bezog er seine Gottessohnschaft und bekräftigte dies durch seinen Schwur vor dem Hohepriester. Solche Selbstbezeugung fordert unsere Entschiedenheit. Entweder halten wir sie für wahr, oder wenn nicht, für die Ausprüche eines Wagners und frivolsten Betrügers, oder auch eines geisteskranken Menschen. Aber, daß Jesus ein durchaus geistig gesunder, leidenschaftsloser, besonnenen Mann war, den jeder als den edelsten Menschen erkennen muß, beweisen die biblischen Berichte sowie die Zeugnisse der Apostel und christlichen Gemeinden, die ihn seiner Gottheit wegen ihren „Herrn“ nennen. Nur wenn wir Jesus in seinem Wirken, Leiden und Sterben als die persönliche Offenbarung Gottes erkennen, verstehen wir seine unvergängliche Bedeutung. Die aus innerster Überzeugung stammenden mit beglückter Rede vorgetragene Ausführungen des Redners fanden die lebhafteste Anerkennung der Zuhörerchaft. Wägen diese Vorträge den Zweck gehabt haben, zur Befestigung und Stärkung des Glaubens mit beitragen zu helfen.

Kadeburg. Der Stadigebeordnete beschloß zur Erlangung einer staatlichen Automobilverbindungs-Gesellschaft—Kadeburg die erforderlichen Schritte zu unternehmen.

### Der Wendepunkt.

Eine Mahnung zur Würde am 20. März.

Die Vereinigten Verbände schweizerischer Oberländer wenden sich kurz vor der Schlusssitzung Deutschlands mit einem ernstlichen Appell an das deutsche Volk. In diesen Tagen und Wochen fallen die Würfel über das Schicksal Deutschlands. Inmitten der Gefahren, die der Abbruch der Londoner Verhandlungen mit sich bringt, wird am kommenden Sonntag die Volksabstimmung darüber entfallen, ob die es wichtig ist für Deutschland in wirtschaftlicher, kultureller und politischer Beziehung unentbehrliche Gebiete beim Vaterlande bleiben oder zu einem fremden Staate geschlagen werden soll. Wer die Londoner Verhandlungen verfolgt hat, weiß, daß der 20. März den Wendepunkt in der Schicksalsgestaltung Deutschlands darstellt.

Zwei Witten richten wir an die deutschen Väter: Erstens gewährt den Dematratoren, die das Schicksal Deutschlands in ihren Händen und ihren Herzen tragen und zur Heimat eilen, alle nur möglichen Erleichterungen, zumal da die neuesten Verfügungen der Interalliierten Kommission jeden festlichen Empfang im Abstimmungsgebiet verbieten, und zweitens durchleuchtet zusammen mit den Oberhäuptern der schicksalshweren Tag

in erster und würdiger Weise.

Es wäre unverständlich und über alle Maßen unbillig, wenn jener Tag, der über Deutschlands Zukunft bis in die fernsten Zeiten hinaus entscheiden wird, im deutschen Volk als Echo den rauschenden Sturm leichter Bergabhängungen finden würde.

Das deutsche Volk ist es sich schuldig, daß es mit vollem Bewußtsein und in erster Fassung den entscheidenden Tag miterlebt. Hunderttausende deutsche Brüder geben an dem Abstimmungstag ein feierliches Bekenntnis zur deutschen Volksgemeinschaft.

Ihnen in dem gleichen Gedanken nahe zu sein, Ihnen aus allen deutschen Gauen das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit entgegenbringen zu lassen und Ihnen in ihrem heiligen Kampfe die Hand zu reichen, dazu rufen wir alle deutschen Volksgenossen auf.

An Euch wenden wir uns vor allem, die Ihr den gleichen Abstimmungskampf bereits durchgemacht und an Euch, die Ihr, gleich den Oberhäuptern, die höchste Liebe zur Heimat auf Eure Fahnen geschrieben habt, die Ihr der engeren Kulturgemeinschaft des Ostens angehört oder andere bedrängte Gebiete des deutschen Volkes vertrittet, ihr Schlesier, Posener, Ob- und Westpreußen, Erpener und Malmedier, Schleswig-Holsteiner, Fisch-Votbringer, Saarländer, Rheinländer, Deutsch-Oesterreicher, Euch alle rufen wir an, Eure und des gesamten deutschen Volkes Einigkeit mit dem um seine Zugehörigkeit zu Deutschland ringenden Oberschlesien an dem entscheidenden 20. März in würdigen Veranstaltungen kund zu tun.

#### Die Abstimmungstransporte.

Die Transportbewegung der Abstimmungsberechtigten ist auch weiterhin planmäßig verlaufen. Sämtliche aus West- und Mitteldeutschland abgefahrenen Züge haben in der fahrplanmäßigen Zeit ihren Bestimmungsort erreicht. Es sind bis jetzt etwa 80 Züge ohne Störung am Zielort angekommen.

Das Reichsarbeitsministerium hat Vorkehrungen getroffen, daß Erwerbslose, die zur Abstimmung nach Oberschlesien reisen, die Erwerbslosenunterstützung durch die bisher zuständige Gemeinde unter Verzicht auf die Kontrolle während der Dauer der erforderlichen Abwesenheit, und zwar wenn nötig, vorschussweise, erhalten.

Der preussische Finanzminister Siedemann hat die nachgeordneten Behörden ermächtigt, den Beamten und Lehrpersonen sowie den im Staatsdienst tätigen Angestellten und Arbeitern, die selbst oder deren Familienangehörige nach Oberschlesien zur Abstimmung reisen, auf Antrag im Falle des Bedürfnisses einen Vorschuss bis zur Höhe des halben Monatslohens, jedoch insgesamt nicht über 500 Mark hinaus, zu gewähren.

### Eine neue Entwaflnungskrise?

Bayerischer Protest gegen die Auflösung der Selbstschutzzorganisationen.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ erklärt, hat der Vertreter der bayerischen Regierung im Reichsrat bei der Beratung des schon jetzt vorgelegten Gesetzes über das Verbot der Selbstschutzzorganisationen im Auftrag seiner Regierung in aller Form die Opposition Bayerns zum Ausdruck gebracht und Einspruch gegen die Beratung erhoben, die darauf hinausgeschoben werden mußte.

Bekanntlich haben die Alliierten die in Erfüllung des Friedensvertrages bisher erlassenen Bestimmungen über die Unzulässigkeit von Vereinigungen militärischen Charakters auf der Pariser Konferenz als unzureichend bezeichnet und verlangt, daß bis zum 15. März d. J. in dieser Beziehung verschärfte gesetzliche Handhaben bereitgestellt werden. Dem Verlangen soll durch den ausgearbeiteten Gesetzesentwurf Rechnung getragen werden. Er verbietet nochmals Vereine, Selbstschutzzorganisationen und sonstige Vereinigungen, deren Mitglieder im Waffengebrauch geübt werden, und die sich mit Angelegenheiten befassen, die auf eine Mobilmachung hinstreben. Zuständig für den Erlass der Verbote ist der Reichsminister des Innern oder entsprechende Kommissare, deren Anordnungen sich sämtliche Reichs- und Landesbehörden zu fügen haben. Auch wird ein vom Reichstag gewählter Beirat von 15 Personen bestellt, dessen Zustimmung bei grundlegenden Ausführungsbestimmungen einzuholen ist. Das Verbot einer Vereinigung soll für das ganze Reichsgebiet wirksam und alle Verzweigungen der Vereinigung sowie neue Vereinigungen erfassen, die sich lediglich als Fortsetzung der verbotenen darstellen. Strengere Strafbestimmungen gegen Zuwiderhandlungen sind vorgesehen, u. a. wird mit Geldstrafe bis zu 50000 Mark oder Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft, wer sich an einer verbotenen Vereinigung als Mitglied beteiligt oder eine Tätigkeit im Interesse einer solchen Vereinigung ausübt.

In Bayern soll nach einer Meldung des „Tag“ welche Ereignisse wegen dieser Bestimmungen herrschen,

die sich offenbar gegen Bayern richten. Nach einem Ministerrat und Besprechung der Regierung mit den Parteien protestiert Bayern gegen die Zumutung der Reichsregierung und verlangt mindestens Ausschub der Maßnahme, die wie man sagt, nichts anderes bezweckt, als Bayern zum Opfer für den Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung des Reichs wie Preußens zu machen. Die Stimmung im Lande ist allenthalben erbitert, und einer Reichsregierung werde in Bayern mit allen Mitteln entgegengetreten werden.

Nach zuverlässigen Meldungen trägt die Reichsregierung sich trotz des bayerischen Protestes mit der felsen Abfertigung des Entwaffnungsgesetzes noch vor dem 15. März im Reichstag zu verabschieden. Angeblich soll sie Grund zu der Annahme haben, daß, wenn das Spezialgesetz der Entwaffnung der Selbstschutzzorganisationen bis zum 15. März nicht erledigt sei, die Entente ihre Sanktionen verschärfen und die Abstimmung in Oberschlesien sistieren wolle. Wie man berichtet, soll dem bayerischen Widerstand dadurch Rechnung getragen werden, daß man in dem Gesetz lediglich auf den Friedensvertrag Bezug nimmt und jede Verweisung auf die Pariser Note vom 29. Januar vermeidet. Trotzdem kann man sich natürlich der Forderung der Pariser Note nicht entziehen, da das Gesetz bis zum 15. März verabschiedet sein muß. Ob die bayerische Regierung dem Gesetz in dieser Form ihre Zustimmung erteilt, muß nach dem Inhalt ihrer am 12. Februar nach Berlin gesandten Note als fraglich erachtet werden.

### Ein anderer Weg.

Als der Friedensspruch von Versailles das durch Wilsons vierzehn Punkte von den Vereinigten Staaten gegebene Wort brach, lag unter der Last verdrängter Hoffnungen, die Deutschland auferlegt wurden, auch die völlig einseitige Entwaffnungspflicht. Deutschland wurde durch die Versailles-Bestimmungen gezwungen, in einer Zeit, in der selbst bisher neutrale Mächte sich eine stärkere Rüstung zu leisten und Bündnisse mit wenig verheißtem Ende abzuschließen, seine Waffen völlig niederzulegen. Umgeben von einem Franz als er und neuer Staaten, die ihr Dasein auf Deutschlands Kosten auf dem sie schließenden Zwangsvertrage von Versailles aufbauen wollten, soll sich eben dieses Deutschland in Zukunft mit einer Wehrmacht zufrieden geben, die nicht einmal den inneren Frieden verbürgt und es nach außen hin zum militärischen Zwerg gegenüber kleinen Mittelstaaten macht.

Dieses Wehrlosmachen eines großen, ehemals mächtigen Volkes hätte nun, trotz aller Ungerechtigkeit, die sie in sich birgt, zu einem Versuch innerhalb der Völkergemeinden werden können, dem manche Zukunftshoffnungen innewohnen könnten, wenn man nach dem moralischen Grundsatze verfahren hätte, daß man dem Wehrlosen gegenüber keine Gewalt anwenden dürfe, sondern ihm sein Schicksal so erträglich gestalten müsse, daß ihn seine Wehrlosigkeit nicht jeden Tag in neue Bedrängnis zu bringen vermöchte. Das haben unsere früheren Feinde und die, die sich ihnen nach der deutschen Niederlage anschlossen, indessen nicht getan. Sie haben auf unserer Wehrlosigkeit eine Politik der Gewalt aufgebaut, die die einseitige Entwaffnung Deutschlands nicht als eine Friedensbürgschaft, sondern geradezu als eine immerwährende Gefahr für den Frieden empfanden. Unsere Wehrlosigkeit reizt unsere ehemaligen Feinde zu immer größerer Begehrlichkeit, und in ihrer wachsenden Begehrlichkeit sehen sie der Wehrlosigkeit ein Gewalt entgegen. Daß das ein gefährliches Spiel ist, lehrt die Geschichte, die der größte Wehrmeister sein könnte, wenn die Nachhaber der Erde das Bedürfnis hätten, aus ihr etwas lernen zu wollen. Und den Triumph dieser Gewaltpolitik sehen wir in diesen Tagen in der „Verhandlung“ von London und der dieser Diktatorkonferenz folgenden Besetzung der rechtsrheinischen Städte. Die Politik der „Strafen“ soll Deutschland zu einer Unterschrift unter Forderungen zwingen, die zu einer außerordentlich seiner wirtschaftlichen Möglichkeiten liegt.

Strafen gegenüber einem Wehrlosen! Wirt das nicht als erschütternder Gegensatz zu all dem Gerechten vom Völkerfrieden und Völkerbund? Muß das nicht auf die Dauer zu einem Zusammenbruch aller moralisch-politischen Begriffe und damit zur Katastrophe überhaupt führen? Nichts charakterisiert den dem wirklichen Frieden abgeleiteten Sinn der Männer von Versailles besser als die Tatsache, daß sie stets nur an Bestrafungen für Unterlassungen denken, die Deutschland sich nach ihrem Urteil zuschulden kommen läßt, nie aber an Belohnungen für die willige Erfüllung eines an sich unmöglichen Diktates. Es rände heute anders um den Frieden in der Welt, wenn man in Versailles Deutschland den Weg in eine bessere Zukunft gezeigt hätte, indem man ihm Belohnungen für die Erfüllung der unerbittlich harten Friedensbedingungen in Aussicht gestellt hätte. Man könnte dabei an die teilweise Abgabe der Kolonien, an den Anschluß Oesterreichs, an die Freigabe besetzten Gebieten, an Erleichterungen im Handelsverkehr usw. denken. Das wären Ausflüchte gewesen, die vielleicht auch die schwerste Bürde leichter gemacht und die Möglichkeit eines wirklichen Dauerfriedens in sich getragen hätten, der sich auf moralischeren Kräften aufbaut, als auf der Geraltanwendung des Geralteten gegenüber dem Wehrlosen. Das wäre ein Weg, auf dem wirkliche Staatskunst hätte verfallen müssen, daß sie es nicht tat, wurde Europas Verhängnis, kann Europas Niedergang werden. Rh.

### Simons' Rechenschaft.

— Berlin, 12. März.

Sein Bericht über London im Reichstag.  
Nach Abschluß der Vorbereitungen im Auswärtigen Ausschuss trat der Reichstag heute bereits um 10 Uhr vormittags zusammen, um den Bericht der deutschen Delegation über die Ereignisse in London entgegenzunehmen. Die Tribünen und die Diplomatenzüge sind vollbesetzt, während der Sitzungsaal selbst trotz guter Besetzung verschiedene Lücken aufweist. An den Regierungsbänken ist das Reichsabinett vollständig versammelt, an der Spitze Reichskanzler Lehrenbach.

Zu Beginn der Sitzung macht der Präsident Böbe Mitteilung von einem Telegramm des vorläufigen Landtages von Kärnten, in dem der Anteilnahme der Kärntner Bevölkerung an den neuen Verden des deutschen Volkes Ausdruck verliehen wird. Dann nimmt Reichsminister Simons

das Wort zu der angekündigten Rede über die Londoner Konferenz. Der Minister führte u. a. aus:

Meine Erklärungen sind ein Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der deutschen Delegation und zugleich eine Mitteilung über die Absichten der deutschen Regierung angesichts des Ergebnisses der Londoner Konferenz. Die Konferenz in London hatte außerordentlich starke Hindernisse zu überwinden, die entstanden waren durch die vorhergegangene Konferenz in Paris. Die Alliierten hatten sich öffentlich festgelegt, so daß eine Uebereinkunft sehr schwierig war. Die deutschen Sachverständigen haben eine eingehende Prüfung der Pariser Beschlüsse vorgenommen. Ihnen gebührt der aufrichtigste Dank der Reichsregierung. Die finanzielle Leistungsfähigkeit Deutschlands ist ebenfalls sorgfältig geprüft worden. Im Einverständnis mit den Führern der Parteien hatte die Regierung nach Kenntnis von den Pariser Beschlüssen das Versprechen gegeben, daß wir mit Gegenvorschlägen an die Alliierten herantreten würden. Das war ein lässiges Versprechen. Bestimmte Vorschläge in der Reparationsfrage waren bisher fast unmöglich, so lange nicht einmal die Gebietsfragen geklärt waren.

Oberschlesien bleibt eine Lebensfrage für Deutschland. (Beifall.) In dem Umfang, wie die deutsche Wirtschaft im Friedensvertrage gemindert wird, in demselben Umfang steigert sich die Bedeutung Oberschlesiens für uns. Deshalb hat auch Oberschlesien eine ganz überlegene Rolle in London gespielt.

Auch die Währungsfrage ist von Bedeutung. Das Salutaend kann nicht von einer einzelnen Nation gelöst werden, sondern nur in einmütigem Zusammenarbeiten aller Völker. Bei den Gegenvorschlägen mußten wir natürlich auch auf politische Gesichtspunkte Rücksicht nehmen. Die Mehrheit der deutschen Sachverständigen hat die deutsche Währungsfrage für die nächste Zeit sehr gering eingeschätzt. (Hört, hört.) Die Gegenvorschläge sind gemacht worden aus politischen Gründen, auf Grund der Verantwortlichkeit der Regierung und meiner Person.

Der Außenminister legt dann eingehend die Gegenvorschläge dar, wie er sie unter Billigung des Kabinetts nach London mitgenommen hat. Zwei Faktoren waren vor allem maßgebend: die Schablottung der Gegner und die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft. Durch Müdigkeit der auf 42 Jahre auseinandergezogenen Jahresraten auf die Gegenpartei kamen wir zu unserem Angebot von rund 50 Milliarden Goldmark, abzüglich der 20 Milliarden Vorkosten. Diese 30 Milliarden Goldmark waren die äußerste Grenze. Die Exportprämie von 12% mußten wir als volkswirtschaftlich widerständig ablehnen.

Minister Simons stellt dann fest, daß die deutschen Vorschläge von vornherein von den Gegnern als indiskutabel angesehen wurden. Sie wurden auf der anderen Seite mit Enttäuschung aufgenommen, so daß Dr. Simons seine Rede abbrechen mußte. (Hört, hört, u. Bewegung.) Es sollte dann am Donnerstag die Rede Lloyd Georges und dann das Ultimatum. Wir haben Wege gesucht, die das deutsche Arbeitervolk ermöglichen sollen, für das Reparationsproblem auf deutschem Boden zu wirken. Dieser Gedanke des Wiederaufbaues muß auch in die Mitte in den Mittelpunkt der Verständigungsarbeit gestellt werden.

Der Minister berichtet dann, daß er nach dem Scheitern der von ihm gemachten Verständigungsversuche

#### Das fünfjährige Provisorium

verlangte. Es wurde aber durch die Pariser Beschlüsse zurückgefallen. Auch das letzte Gegenangebot fand keine Annahme. Wir hatten dann den Antrag, für neue Gegenvorschläge eine Vertagung der Konferenz zu beantragen. Entsprechend der Lage bin ich aber die Weisungen der Regierung hinausgegangen. Die Reichsregierung hat mein Verhalten gebilligt. Unser Vorschlag wurde wiederum nur als ein Hintergehen des Friedensvertrages bezeichnet. (Bewegung.) Dabei hatte man im Januar selbst solche Vorschläge gemacht. (Zustimmung.) Die Zwangsmahnahmen der Alliierten haben keine Spur von Recht für sich. (Beifall.) Ich wiederhole hiermit den Protest, den ich in London erhoben habe, vor der deutschen Öffentlichkeit und vor der ganzen Welt. Keine Vorkaufung im Friedensvertrag liegt vor. In London hat man gar nicht einmal versucht, unsere Einwände zu entkräften. (Hört, hört.)

Welche Haltung hat die Regierung nun in Zukunft einzunehmen?

Am einfachsten ist es ja, den Friedensvertrag als gebrochen zu betrachten. Es gibt kaum eine schwerere Attatde auf die Hoheit des Rechtes, als die rechtswidrige Besetzung deutschen Gebietes. (Beifall.) Man könnte an Abbruch der Beziehungen denken. Aber so ist die Lage nicht. Noch behaupten unsere Gegner, mit Rechtsmaßnahmen gegen uns vorzugehen. Wenn wir zu scharfen Maßnahmen übergehen, würde man das unangenehm beurteilen. Wir sind bereit, den Friedensvertrag zu erfüllen, aber nicht mehr. Nach Meinung der Regierung müssen wir alles tun, um neue Wege zu finden zu Gegenvorschlägen auf der Basis des Möglichen. Aber jetzt, wo man uns eine Ohrfeige gegeben hat, die Hand hinzuführen und zu sagen: Wir wollen wieder Freunde sein, das ist nicht angängig. (Zustimmung.) Man darf die Wirkung der Sanktionen nicht unterschätzen. Das Reichsland und ganz Deutschland wird sie bald merken. Die Sanktionen sind ein schwerer Schlag gegen den Wiederaufbau Deutschlands.

Die Finanzpläne der Alliierten werden sich bald als Utopie herausstellen. Ihre Voraussetzungen sind

fallch. Deutschland ist nicht allein am Kriege schuldig. Die Geschichte ist an der Arbeit. Vom Reichstag erdichte ich eine klare Stellungnahme, wie er sich zu der Haltung der Londoner Delegation stellt. Zu Verhandlungen wird es ja einmal kommen. Sie dürfen dann nur geführt werden von einer Regierung und einem Außenminister, die Ihr volles Vertrauen haben. (Anhalt, leb. Beifall, der sich auf den Tribünen fortsetzt.)

## Das Urteil des Reichstags.

Eine Erklärung der Regierungsparteien.

Abg. Trimborn (Ztr.) gibt im Namen der drei Regierungsparteien und der Bayerischen Volkspartei, des Bayerischen Bauernbundes und der Deutschhannoveraner eine Erklärung ab: Die von unseren Gegnern in Paris aufgestellten Forderungen sind für uns unerfüllbar und daher unannehmbar. Das deutsche Volk ist entschlossen, seine ganze Kraft anzuwenden, um vertragmäßig übernommene Forderungen innerhalb des Rahmens seiner Leistungsfähigkeit zu erfüllen. Weder die heutige noch irgend eine andere deutsche Regierung kann aber Verpflichtungen übernehmen, die diese Leistungsfähigkeit übersteigen. Sie muß dies ablehnen für die Gegenwart und für die Zukunft. Die schweren Strafmaßnahmen gegen Deutschland bringen neue Not über die Bewohner des besetzten Gebietes. Der entsetzliche Sinn der Metakländer wird dadurch nicht gemindert werden. Wir grüßen in schwerer Stunde unsere deutschen Volksgenossen, die die Opfer dieses Rechtsbruchs der Gegner geworden sind. (Beifall.) Die Strafmaßnahmen werden an ihrer Undurchführbarkeit scheitern. Mit aller Entschiedenheit lehnen wir den Versuch Lloyd Georges ab, das deutsche Volk für den Krieg allein verantwortlich zu machen. Weder das deutsche Volk noch die deutsche Regierung hat einen Krieg planmäßig vorbereitet oder gewollt. In jeder ehrlichen Verhandlung bereit, der Gewalt und dem Rechtsbruch über trogend im Bewußtsein unseres guten Gewissens werden wir die Regierung unterstützen, von der wir nach ihrer Erklärung überzeugt sind, daß sie im Sinne der vorstehenden Gedanken die Rechte des deutschen Volkes wahren wird. (Beifall.)

Abg. Weis (Soz.): Jede Gelegenheit zur Wiederaufnahme der Verhandlungen muß benutzt werden. Deutschland soll wieder in neues Glanz gekleidet werden. Uns reißt die Schuld nicht. Die Gegner haben die Verhandlungen abgebrochen. Unsere Angebote hätten klarer und planvoller sein müssen. Das Kernstück mußte der Wiederaufbau Nordfrankreichs sein. Wir wollen den Frieden der Arbeit.

Abg. Weiskopf (Dnkt.): Die neue Besetzung deutschen Gebietes ist ein Bruch des Völkerrechts und des Versailler Vertrags. Das Volk in der deutschen Delegation hat lebhaften Widerstand in der Bevölkerung gefunden. Wir stimmen dem Antrage der Regierungsparteien zu. Das soll aber kein Vertrauensvotum für den Außenminister sein. Dazu liegt kein Anlaß vor. Sein Verhalten kann uns in unerwünschter Weise hindern. Mit dem zweiten Angebot ist der Außenminister sehr wesentlich über seinen Auftrag hinausgegangen. (Hört, hört!) Dr. Simons hätte Lloyd George gegenüberzutreten müssen. Neue Verhandlungen sind erst möglich, wenn die Gewaltmaßnahmen aufgehoben sind.

Abg. Vertheim (Unabh.) verlangt von der Regierung, daß sie nicht auf neue Schritte der Alliierten warte, sondern selbst Vorschläge macht. Es nützt nichts, aber die besetzten Gebiete Tränen zu vergießen und nichts zu tun.

Nach einer kurzen Entgegnung des Reichsministers Simons und einer hochheiligen Lobrede des Kommunisten Levi auf Sowjetrußland wird folgender Antrag der Regierungsparteien mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen angenommen:

„Der Reichstag billigt, daß die Reichsregierung trotz der Gewaltmaßnahmen der Entente bei der Ablehnung der unerfüllbaren Forderungen verharret.“

Nach der Annahme dieses Antrages, der jedes Urteil über das Verhalten der deutschen Delegation offensichtlich verneint, um den Mehrheitssozialisten und Deutschnationalen die Zustimmung zu erschtern, verläßt sich das Haus auf Montag.

## Politische Rundschau.

Berlin, 14. März 1921.

Der deutsch-schweizerische Handelsvertrag ist von der deutschen Regierung zum 6. Juni d. J. gekündigt worden.

Der Thüringische Landtag hat die vorläufige Verfassung für Thüringen endgültig verabschiedet. Aus diesem Anlaß hat die Thüringische Landesregierung eine Amnestie für politische und disziplinarische Vergehen erlassen.

Am Sonntag, den 20., und Montag, den 21. März, findet eine Reichskonferenz der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei im Reichstage statt.

Der Landrat des Kreises Rönitz, Reg.-M. Strzoda, ein gebürtiger Oberschlesier, ist von der Interalliierten Kommission wegen „Insubordination gegenüber den Anweisungen der Kommission“ ausgewiesen worden.

Das Verbot der Selbstschutzorganisationen vom Reichsrat beschlossen.

In der letzten öffentlichen Sitzung des Reichsrats wurde der Gesandtschaftsbericht über die Aufhebung der Selbstschutzorganisationen mit den Stimmen aller Länder gegen die der bayerischen angenommen. Die Bayerische Volkspartei hat beschlossen, sofort aus der Regierungskoalition auszuschleichen.

Das Weißbuch über London.

Dem Reichstage ist das angekündigte Weißbuch über die Londoner Verhandlungen zugegangen. Es enthält den Wortlaut der Pariser Beschlüsse, das Gutachten der deutschen Sachverständigen, die Kritik des deutschen Finanzministeriums zu den Bemerkungen der Alliierten über den deutschen Haushalts sowie den Sitzungsbericht über die Verhandlungen in London und die deutschen Gegenanträge.

## Neue Beratungen der Landesregierungen in Berlin

In parlamentarischen Kreisen verlautet, die Reichsregierung beabsichtige, die Ministerpräsidenten der Einzelstaaten wieder zusammenzutreten zu lassen. Die Konferenz der Ministerpräsidenten wolle sich erneut mit den Fragen beschäftigen, die sich aus den Londoner Verhandlungen ergeben.

„Amerika verweigert seine Mitwirkung an den Sanktionen. Habas meldet amisch: Es wurde vereinbart, daß die amerikanischen Truppen am Rhein nicht an der Erhebung der Zölle teilnehmen. Immerhin werden die Vereinigten Staaten der Ausführung der neuen Politik der Alliierten keine Schwierigkeiten in den Weg legen.“

Im Sonnen-Hotel in Berlin, dem Hauptquartier Korsanths, wurde bei einer Durchsichtung sämtlicher Räume nach Waffen durch eine Abteilung englischer Truppen eine große Anzahl schwerer Maschinengewehre und viele andere Waffen vorgefunden.

„Brief- und Telegramm-Zensur im besetzten Gebiet. Wie verlautet, ist seit dem 9. März die britische Zensur für die Sendung von Röhren nach Münster eingerichtet worden. Die Franzosen zensurieren Telegramme aus dem besetzten Gebiet nach Frankreich und dem Saargebiet. In Mainz werden Orts- und Ferngespräche durch französische Militärpersonen überwacht.“

## Rundschau im Auslande.

Eine österreichische Delegation mit dem Bundeskanzler Dr. Masch an der Spitze ist in London eingetroffen, um mit den Alliierten über die Gewährung größerer Kredite zur Finanzierung der Hilfslieferung für Oesterreich zu verhandeln. — Gleichzeitig ist ein Ultimatum (!) der Entente an die österreichische Regierung ergangen.

Die Verlobung der Prinzessin Margarete von Dänemark, Tochter des Prinzen Waldemar, mit dem Prinzen Rene von Bourbon, dem Bruder der ehemaligen Kaiserin Jita von Oesterreich, wurde in Kopenhagen bekanntgegeben.

Der König von Spanien hat den konservativen Parteiführer Maura mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt.

Das englische Unterhaus hat den Gesetzesvorschlag betr. die Einbeziehung von 50 Prozent des Preises der deutschen Exportwaren in erster Lesung angenommen.

Briland ist von London nach Paris zurückgekehrt und wird der Kammer in den nächsten Tagen über die Ereignisse der Londoner Konferenz ausführlich berichten.

Nach einer Londoner Einverständigung ist der Aktivist Robert Smilies von seinem Posten als Präsident des Bergarbeiterbundes, der aus Gesundheitsrücksichten erfolgte, genehmigt worden.

Zwischen dem St. Stuhl und England sind Verhandlungen im Gange, um die Rückkehr der ausgewiesenen deutschen Missionare nach den englischen Kolonien zu ermöglichen.

Die Feindseligkeiten zwischen den mittelamerikanischen Republiken Panama und Costarica wurden dank der Vermittlungen der Vereinigten Staaten eingestellt. Der Streitfall wird dem Völkerbund unterbreitet werden.

## England: Die Entscheidung über Smyrna.

Wie der Fobadberichtslatter aus London meldet, hat die griechische Delegation nach Ankunft des Kriegsministers Gounaris den von den Alliierten ausgearbeiteten Plan zu einer Regelung des Orientproblems angenommen. Dieser Plan umfaßt vor allem die Aufrechterhaltung der türkischen Souveränität in Smyrna mit einem christlichen Gouverneur, der nicht notwendigerweise ein Grieche zu sein braucht und zweifellos vom Völkerbunde ernannt wird; die Einsetzung einer Verwaltungsbehörde in dem Allot mit einer besonderen Abteilung für die griechische und die türkische Zone, je nach der Mehrheit der Bevölkerung; die Errichtung einer örtlichen Gendarmerie, die aus den eingeborenen türkischen und griechischen Elementen sich rekrutiert. Die Delegation der türkischen Nationalisten von Angora hat dagegen erklärt, daß sie nicht die notwendigen Machtbefugnisse habe, um diese Regelung anzunehmen. Infolgedessen wird vorläufig der Status quo beibehalten werden. — Der Abschluß eines türkisch-französischen Abkommens steht unmittelbar bevor. Danach sollen die französischen Truppen die besetzten Gebiete Ciliciens räumen. Die Bagdadbahn wird Eigentum französischer Gesellschaften. England hat sich vorbehalten, alle Zugeständnisse zurückzunehmen, wenn die Türkei nicht schnell genug ratifiziert. Angesichts der bevorstehenden Uebertragung wichtiger wirtschaftlicher Konzessionen der Türkei an Frankreich dürfte die englische Regierung bald genug einen Vorwand dazu gefunden haben.

## Rußland: Neues Ultimatum an Petersburg.

Das Artillerieduell zwischen den Forts von Kronstadt und den bolschewistischen Küstendartellen dauert an. Die Bahnlinie zwischen Petersburg und Tserlo an der finnischen Grenze entlang ist unterbrochen. Die Petersburger Funktionäre schweigen seit dem 10. März. Das ehemalige Jarenischloß Jarskoje Selo liegt im Brennpunkt der Kämpfe. Die Regierung von Kronstadt soll ein neues Ultimatum nach Petersburg gerichtet haben. Die erste Forderung der Gegenrevolutionäre ist, daß alle das Recht haben sollen, an den neuen Wahlen zu den Sowjeträten teilzunehmen. Die Revolutionäre sind auch überzeugt, daß die Räterregierung allein Rußland nicht vom Ruin retten könne. Es wird die Mitwirkung aller Arbeiter und der arbeitenden Intelligenz in der Regierung gefordert. Außerdem wird die Einberufung einer konstituierenden Versammlung erhoben.

## Epigen.

Nennen vom Vortag.

27. Fortsetzung.

„Du sollst deine vollkommene Ruhe haben! Lebst du darauf!“

Zuliane schloß die Augen und ließ den Kopf nach hinten fallen. Die wenigen Worte, die sie gehört und gesagt, hatten ihre geringe Kraft erschöpft. Der Gros lästete ihre Hand und ging mit großer Vorsicht an den Fußspitzen aus dem Zimmer. Nachdem er das gesorgt, daß die Befehle der Gräfin pünktlich befolgt würden, fuhr er zu Geheimrat Vohausen.

Kaum hatte Graf Zifenek das Palais verlassen als Prinzessin Aliz, von ihrem Diener gefolgt, das selbe betrat.

Dem jungen Mädchen war die Selbstbeherrschung die der alte Mann sich aufzuerlegen vermocht hatte nicht zu eigen. Als Aliz vor Zulianens Lager trat prallte sie entsetzt zurück, und die heißen Tränen stürzten ihr aus den Waaen.

„Allmächtiger Gott, wie stehst du an!“ rief Aliz unter heftigem Schluchzen. „Du arme, arme Herzogin! Was mußt du durchgemacht haben!“

Aliz beugte sich über sie und küßte leidenschaftlich Zulianens Augen, Wangen und Lippen, und ihre glühenden Blicke wirkten auf die Kranke wie linderndes Balsam und milderten den Brand, der deren Wangen durchloderte.

„Ja, ich habe viel ausgestanden, Aliz“, sagte Zuliane heiser. „Und ich bin noch krank. Sollte dich noch ruhig. Ich darf mich nicht aufregen!“

Aliz nickte, sie wollte etwas sagen, aber sie brach es jetzt nicht über ihre Lippen, sie schloß die Augen und brachte ihr Tuch vor die Augen, um den Lauf ihrer gewaltsam hervorstrebenden Tränen zu hemmen. Aber es gelang ihr nicht. Sie wollte sich auf den kleinen Sessel am Bette niederlassen.

„Hier“, sagte Zuliane fast tonlos und wie nehmend sich.

Aliz setzte sich vorsichtig auf das Bett selbst, legte Zulianens heiße Hand in die beiden ihrigen, riß den linken Ellbogen auf die Matratze und beugte sich zur Kranken Freundin, die ihr brennendes Gesicht an den heißen Wangen des Mädchens küßte und dankbar, matt lächelte.

„Bist du nur etwas älter... Du könntest etwas für mich tun!“ brachte sie mühsam hervor.

„Ah, Aliz“, entgegnete Aliz mit treuherzigem Ausdruck. „Ich kann ganz verständig sein! Du solltest es mit mir nur versuchen!“

„Sieh, Aliz!... Ich bin krank, recht krank!... Sage kein Wort dagegen! Ich weiß es am besten!... Ich will dir einen Auftrag geben!... Aber du darfst dich nicht aufregen und darfst nicht weinen!... Du mußt mit meinem bisherigen Kraft haushälterisch umgehen!... Ich kann nicht mehr schreiben!... und ich habe jemand etwas zu sagen, den ich vielleicht... in langer, langer Zeit nicht wiedersehe!... Da, an meinem Fensterisch liegt alles... Ich will dir etwas diktiert...“

Aliz ließ Zulianens Hand los, erhob sich langsam und trat an den Schreibtisch. Sie holte die Mappe in der Briefpapier und Umschläge lagen, Feder und Tinte, und schrieb zu Zulianen zurück, die vor Ermüdung nun die Lider völlig geschlossen hatte und einschlummert zu sein schien. Aliz stellte behutsam das Tintenfaß auf das Nachtschreiben und ließ sich, während sie den Atem anhielt, geräuschlos auf den niedrigen Sessel daneben nieder. Sie wollte der Kranken Schlummer nicht stören.

„Ich schlafe nicht... ich bestimme mich nur“, sagte Zuliane nach einer langen Pause.

Sie schlug die Augen wieder auf, erhob sich mit einer energiegelichen Bewegung ein klein wenig von den Kissen, auf die sie sogleich wieder kraftlos zurückfiel und sprach mit etwas lauter Stimme:

„Aliz schreib!... zunächst das Datum...“

„Berlin, den 22. Dezember 1879“, lästerte Aliz langsam vor sich hin, während sie die Worte gleichzeitig nieder schrieb.

Ihrer Cousine und einzigen Vertrauten Aliz Chychof diktiert von Zuliane Jened-Willing... hat du's?“

„Gleich!... Jened-Willing... ich hab's!“

„Unser Schuldbuch sei vernichtet!“

Aliz schrieb... weiter!“

„Weiter nichts!“

„Und die Adresse?“

„Die Adresse?... die lasse ich lieber von jemand anderem schreiben... füge noch etwas hinzu... selbständig... erkläre, daß du den Adressaten nicht kennst.“

„Gut“, verfezte Aliz und schrieb darauf einige Sellen, die sie Zulianen vorlas:

„Auf Wunsch meiner Cousine Zuliane Gräfin Jened erkläre ich, daß ich ihr zwar als Sekretär gedient habe, aber nicht weiß, für wen diese Mitteilung bestimmt ist. Aliz Prinzessin von Chychof. — Eindeutigkeiten?“

Zuliane nickte.

„Und nun schließ das Blatt in die Selbstentasse, schließ die Mappe und lege sie dorthin... auf das Nachtschreiben... damit ich sie gleich zur Hand habe. So... Gottlob... nun bin ich aber wirklich todmüde...“

(Fortsetzung folgt)

## Letzte Nachrichten.

### Die Einmütigkeit Deutschlands.

Berlin. Bei der Reichsregierung laufen ununterbrochen aus allen Ecken des Reichs und aus allen Ecken der Bevölkerung in großer Zahl Rundgebungen ein, welche das Einverständnis mit der Haltung der Regierung gegenüber den Forderungen der Entente betonen und die Einmütigkeit zum Ausdruck bringen, seit hinter der Politik der Reichsregierung auszuharren.

### Der letzte Tropfen Milch!

Die Entente fordert von Oesterreich 6000 Milchfässer. Wien, 12. März. Die Wiener kommen zu der neuen Note der Reparationskommission wegen Ablieferung von 6000 Milchfässern durch Oesterreich, diese so sehr geringe Forderung soll wie ein Hohn; sie habe nur das eine Gute, daß sie die Unbarmherzigkeit und Versteinertheit der Politik der Entente geradezu greifbar mache. Oesterreich sei zwar dem Lande aberantwortet worden, aber den letzten Tropfen Milch sollte man den hungernden Kindern und der empfindlichen Bevölkerung nicht rauben.

### Die gefährliche „Wacht am Rhein“.

Rhein. Aus Trier wird gemeldet, daß das französische Militärgericht 13 Angeklagten eines dortigen Gymnasiums zu je 500 M. Geldstrafe verurteilte, weil sie die „Wacht am Rhein“ urkundet haben.

### Die Neutralen gegen die Sanktionen.

Bern, 12. März. In schweizerischen Finanz- und Handelskreisen wird gemeinhin, daß die neutralen Regierungen, besonders die Schweiz, Holland und Norwegen, beachtlichen gegen die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen der Entente gegen Deutschland seltener Protest zu erheben. Es soll versucht werden, mit Hilfe des Völkerbundes eine sofortige

Milderung der Sanktionen zu erwirken. (Es wird aber nicht viel helfen)

### Lord George empfiehlt den Raub der Bergwerke Waldungen und Domänen im Rheinland.

Paris, 12. März. Dem „Matin“ wird aus Koblenz gemeldet: Lord George hat im Namen des Obersten Rates der Interalliierten Rheinlandkommission seine Instruktionen für die Anwendung der wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen übermitteln. Die Beschlagnahme der Zolleinnahmen wird etwa einen Betrag von 125—150 Millionen Goldmark jährlich erreichen, doch sei zu befürchten, daß eine Verminderung dieser Summe sich einstellen werde. Infolgedessen müsse man versuchen, irgendeine Beschlagnahme vorzunehmen, die ergiebiger sei, so z. B. erscheine es wünschenswert, daß der Oberste Rat die Interalliierte Kommission ermächtigt, in den Rheinlanden die Bergwerke, Waldungen, Staatsdomänen usw. zu beschlagnahmen. Auf diese Weise könnte man 450 bis 500 Millionen Goldmark für die Entschädigungen erlangen. Der „Matin“ meint, daß man mit solchen Zwangsmaßnahmen besonders auf den moralischen Effekt Rücksicht nehmen müsse, der beträchtlich sei, weil die fast vollständig wirtschaftliche Trennung der Rheinlande vom Reich damit durchgeführt werde.

### Ein Zwischenfall in Düssel-dorf.

Eibersfeld, 14. März. (U) Einem Gerücht zufolge, das die „Berg. Märk. Ztg.“ verbreitet, hat sich vergangenes Freitag in Düsseldorf ein empörender Zwischenfall ereignet. Ein Offizier der Düsseldorf-er Schulpolizei, der an einem französischen Offizier vorüberging, ohne ihn vorchristlich zu grüßen, wurde von diesem mit der Reitpeitsche ins Gesicht geschlagen. Der Offizier tat das einzige, was ihm nach diesem Angriff übrig blieb; er zog die Pistole und knallte den französischen Offizier über den Kopf.

### Volksabstimmung in Salzburg.

Salzburg. Ein von den Großdeutschen im Salzburger Landtag eingebrachter Antrag, durch Volksabstimmung über die Anschlussfrage entscheiden zu lassen, wurde am Freitag vom Landtag angenommen. Die Volksabstimmung findet am 24. April statt.

### Saxen.

Maxen. Ein Kirchgemeindevand wird am Mittwoch im Erbgericht stattfinden. Pastor Vogel aus Dresden wird über die kirchliche Liebesaktivität im Sachsenlande einen Vortrag halten.

Für die Innere Mission wird in den nächsten Wochen auch in der Kirchgemeinde Maxen eine Hausammlung veranstaltet werden, um die durch die jetzige Geldentwertung vor dem Zusammenbruch stehenden Werke der Inneren Mission zu unterstützen.

Bischofs-Werda. Ueber die Verwendung der hiesigen Kaserne zu Wohnzwecken teilte Bürgermeister Kühn, der in dieser Angelegenheit persönlich in Berlin verhandelt hat, in der letzten Stadtverordnetenversammlung mit, daß das Reich eine jährliche Miete von 117 000 Mark verlangt habe, während die Stadt nur 12 000 Mark bot. Nach schwierigen Verhandlungen einigte man sich auf eine jährliche Miete von 40 000 Mark auf die Dauer von 20 Jahren. Der Reinertrag an Miete wird etwa 30 000 Mark betragen, so daß die Stadt einen Zuschuß von 10 000 Mark zu leisten haben wird. Für den Einbau von 65 Wohnungen ist noch ein Aufwand von 1 260 000 Mark erforderlich, wozu aber ein

Zuschuß aus Reichsmitteln in der Höhe von 1 Million Mark zu erwarten ist. Bis zum 1. Oktober d. J. könnten die Wohnungen bezugsbar sein, so daß damit der Wohnungsnot am schnellsten und ohne besonders großen Aufwand abgeholfen wäre.

Dresden. Als Festplatz für das 4. Sächsische Kreis-turnfest (16. bis 18. Juli) ist ein großes, äußerst günstig gelegenes Gelände, das Zehntausende von Turnern aufnehmen könnte, inzwischen gesichert worden. Mit der Vro. Bogenschützenliga in Dresden ist vereinbart worden, daß diese ihren Platz der sächsischen Turnerschaft eine Woche nach der Vogel-wiese, dem bekannten großen Dresdener Volksfest, überläßt. Die erforderlichen Pläne werden bereits ausgearbeitet. Ein Teil der Bauten der Vogelwiese bleibt stehen und wird zum Kreisturnfest benötigt. Der Platz selbst ist ideal. Die Höhen-gänge der Dresdener Höhe mit den prächtigen Albrechtstürmen und dem herrlich gelegenen Sockel bilden den Hintergrund, das schöne Stadtbild von Dresden mit der Elbe und seinen interessanten Bauwerken, Türmen, Brücken und Berganlagen den Vordergrund. Von allen Seiten ist der Platz, der nur 2 1/2 Kilometer vom Mittelpunkt der Stadt entfernt ist, leicht und schnell zu erreichen. Sämtliche Straßenbahnverbindungen (zum Teil Sonderlinien), Dampfstraßenbahnstationen und Ueberrahrt nach Neustadt erleichtern den Verkehr.

Bekämpfung des Plulcheriums. In einer Land-gemeinde des Gewerbefamernbezirks Dresden ist, wie der Kammer berichtet wurde, die Ausbesserung der Schulbänke (früher schon die Herstellung neuer Schulbänke) dem im Schul-vorstand stehenden Magazinverwalter einer Maschinenfabrik übertragen worden, der die Arbeiten ohne Gewerbeanmeldung außerhalb der achtstündigen Arbeitszeit ausführte und das erforderliche Holz durch Bäumefällen im Schulwald gewann. Die Kammer erhob in Wahrnehmung der wirtschaftlichen

Interessen des selbständigen Handwerks gegen dieses Ver-fahren des Schulvorstandes bei der Amtshauptmannschaft Einspruch, die die Schulgemeinde im Sinne des Antrages der Kammer veranlaßt, in Zukunft derartige Arbeiten aus-schließlich selbständigen Gewerbetreibenden zu übertragen.

Rosenhain. Schweizermähe. Unwillen tief es hervor, daß, als am Dienstag nachmittag hier eine Beer-digung stattfinden sollte, die Gräber noch nicht fertiggestellt war, so daß die von vielen Leidtragenden begleitete Bräute in die Totenhalle eingestellt werden mußte.

Reuzersdorf. Der Schulvorstand beschloß die Ein-führung der Behmstiftung für die dortigen Schulen ab Oftern 1921.

Seipzig. Die Messe hatte wie immer am Mittwoch ihren Höhepunkt erreicht. Am Donnerstag konnte man aus dem Nachlassen des Verkehrs in den Verkaufshäusern und in den Straßen erkennen, daß ein Teil der Reichsrenden Leipzig verlassen hat. Immerhin trafen auch noch zahlreiche neue Interessenten ein, so daß die Zahl der verkauften Reichsbanknoten von 110 000 des Mittwoch auf 118 000 am Donner-tag Freitag gestiegen war.

Kuerbach. Aus dem Schaufenster eines Goldwaren-gegeschäfts wurden mehrere goldene Herrenuhren und -ketten und Brillantringe im Werte von 50 000 Mark gestohlen. Allem Anschein nach hat die Klingel der Laden-tür verfallen, so daß der Dieb unbemerkt am hellen Tage in der belebten Verkehrsstraße das Schaufenster zum Teil vom Boden aus ausräumen konnte.

Schönfeld bei Annaberg. Auf dem hiesigen Rittergut verjuchten zwei Unterschweizer einen Diebstahl auszuführen. Als sie sich aus dem Raume, in den sie eingetreten waren, wieder entfernten, stürzte der eine von ihnen in eine Senke, die sie neben anderen Dingen hatten mitnehmen wollen, und durchschmitt sich die Schlagader am Hals, so daß er verblutete.

Harthenstein. Wegen des anfangs November in der Schloßkapelle in Harthenstein verübten Diebstahls, wobei ein vergoldetes Kreuz im Werte von 6000 Mark und zwei Messingleuchter gestohlen wurden, ist jetzt ein 35 Jahre alter Mittelalterlicher K aus Oberplanitz gefänglich eingezogen worden, der die gestohlenen Gegenstände an einen anderen Arbeiter verkauft hatte. Sie wurden später beim Weiterverkaufe an der holländischen Grenze angehalten. Ob der Verkauf der Dieb ist oder mit den Dieben in Verbindung gestanden hat, ist noch nicht festgestellt.

Aus dem Sächsischen Erzgebirge. Der Spielverlust ist auch in andere friedlichen Täler und Dörfer gefahren. Nicht nur in Winkelteipen und abgelegenen Wirtschaften, sondern fast allenthalben werden verbotene Glücksspiele gepflegt und dabei Summen umgesetzt, die bisweilen mit denen der Großstadtspielhöhlen wetteifern. Selbst Siebzehn- und Achtzehnjährige frönen dieser Leidenschaft. Hat die Tanz-wut um wenigstens nachgelassen, so demoralisiert der Karten-wahnsinn nun umso schlimmer die jugendlichen Matrosen-listen.

### Fußball-Sport.

Im neuen Dreß (weiß mit schwarzen Aufschlägen) trat gestern Sonntag nachmittag 3 Uhr die 1. Mannschaft der Fußball-Abteilung des Turnvereins „Frisch auf“ an, um im Gesellschaftsspiel mit der 1. Elf von Meissen ihre Kräfte zu messen. Dippoldiswalde gelang es nach flottem Spiel mit 9:1 den Sieg davonzutragen. W. D.

Für die anlässlich unserer Vermählung in so reichem Maße dargebrachten Glückwünsche und Geschenke danken wir allen auf das herzlichste.  
**Georg Schwarze**  
und Frau Frieda, geb. Liebscher.  
Ubernborf im März 1921 Sennerdorf

**M.-G.-B. „Eintracht“.**  
Ersuche alle aktiven Sängern heute Montagabend 9 Uhr zu einer dringenden Liedprobe in der Reichstrone zu erscheinen.  
Der stellvert. Vorstand.

**Frische Fettbücklinge**  
und frische grüne Seringe  
empfiehlt  
**Bruno Hamann, Altenberger Straße.**  
**Hausmädchen**  
zum sofortigen Antritt gesucht.  
Penion Eufanna, Ripsdorf i. E.

**Empfehle heute frisch:**  
saure Gurken,  
Pfeffergurken,  
Bratheringe,  
Kollmöpfe,  
russ. Sardinen,  
Filetheringe  
in Remoul., welche Auswahl in  
**Käse.**  
**Otto Keller,**  
Serrergasse 100.

**Zug- und  
Zuchtkuh,**  
Notjocher, flotter Gänger, sowie  
eine trag. Sau  
oder  
Sau mit 7 Ferkeln  
zu verkaufen. Offerten erbeten  
u. „A 8“ an die Geschäftsstelle.

**Geschirrführer,**  
nicht unter 20 Jahren, zum  
1. September für Landwirtschaft  
zum 1. April sucht  
**Heeger, Luckau.**

**Nähmaschinen  
Herren- und  
Damenräder**  
— neu und gebraucht —  
in allen Preislagen, sowie extra  
Karte Näher zum Einbau von  
Motoren empfiehlt billigst

**Herm. Voigt,**  
Dippoldiswalde, Serber-Pl. 218,  
Telephon 221.

Ordentliches, lauberes  
**Hausmädchen**  
nicht unter 17 Jahren, sucht für  
sofort oder 1. April  
Freiweg Gunnersdorf,  
Post Schlottwyl.

Kräftiges  
**Mädchen**  
für die Landwirtschaft bei gutem  
Lohn und guter Behandlung  
gesucht Döbra, Gut Nr. 11.

**Schulranzen,**  
— echt Leder und Segelleinen —  
Schiefertafeln,  
Schiefertäfelchen,  
**Rudstüde,**  
Leder-Gamaschen,  
Spazierstöcke  
in großer Auswahl.  
**Carl Ritzsche,**  
Serrergasse.

**30 000 m Cell-Tülle,**  
85 cm breit, wach- und plättbar,  
für Dekorations.  
Brautkleider,  
Roh- und  
Gardinen,  
Muster n. Nr. 4, 25, 3 m Nr. 11, 25,  
10 m Nr. 32, —, 20 m Nr. 58,  
frei per Post und Nachn. ver-  
sendet H. Moor, Hamburg,  
Grindelallee 113.

**Bruteier**  
von großen Gänzen gibt ab  
Gronerel Dippoldiswalde.

**Dr. Körner—Kipsdorf**  
von der Reise zurück.

Kaufen Sie  
**Dixin**  
von Henkel  
bestes  
**Seifenpulver**  
Preis Mk. 2.25 das Paket.  
Alleinige Fabrikanten:  
Henkel & Cie., Düsseldorf.

**Eprungfähiger Zuchteber**  
sowie Gänse-Gier  
zu verkaufen  
Freiweg Wendischcarodorf.

**Möbl. Zimmer**  
von Kaufm. Beamten per lot ab  
1. 4 in Dippoldiswalde gesucht.  
Offerten u. S. G. 143 a. b. Gef.

Zuverlässiges  
**Mädchen,**  
nicht unter 18 Jahren, zu kleinem  
Arbde und Haushalt für 1. April  
gesucht.  
„Alte Pforte“,  
Dippoldiswalde.

**Bäckergefelle**  
sucht Stellung in  
Offerten unter „R. 65“ in der  
Geschäftsstelle niederzulegen.

[Statt Karten.  
Für die anlässlich unserer Verlobung dargebrachten  
Glückwünsche und Geschenke sagen wir allen unseren  
besten Dank.  
Dippoldiswalde, im März 1921.]  
**Otto Gruppelt Erna Hofmann**

Für die uns zu unserer Vermählung gutell ge-  
wordenen Beweise freundlichen Gedankens  
danken herzlichst  
Birna.  
Baumeister Kurt Röhlig  
und Frau Martha, geb. Jungnickel.

**Gewinnliste**  
über die Warenverlosung des Wohltätigkeits-  
vereins „Sächsische Festspiele“, Zweigverein  
Dippoldiswalde,  
vom 13. März 1921.

1	3	8	11	23	43	50	73	86	118	11	16	18	19	44	76	88	98	202	5	8
42	44	47	68	71	78	93	307	25	46	55	69	76	94	404	7	37	48	65	69	
70	88	92	504	12	14	17	24	37	43	46	51	68	72	78	80	88	90	400		
3	4	16	17	51	52	85	97	701	3	35	41	48	60	65	66	68	70	73	74	
85	86	87	95	97	804	9	11	19	21	26	32	43	57	64	71	75	76	79	84	
94	95	902	6	10	18	54	63	70	72	94	95	1000	5	26	29	34	39	46		
53	54	55	70	91	111	17	18	19	27	39	43	49	62	66	1200	7	11	21		
24	43	60	63	74	77	84	92	1304	8	11	14	15	18	19	28	3	43	44	53	
61	65	67	80	81	1409	15	36	44	58	61	64	73	79	90	1527	41	49	50		
56	57	67	69	72	77	10	89	95	98	1800	16	27	52	54	59	65	75	84		
94	1715	20	21	25	26	44	52	55	57	64	71	77	79	80	81	89	1809	16		
33	39	43	48	67	70	1914	19	22	27	34	35	43	47	63	65	74	84	86		
99	2010	15	17	19	22	25	60	66	67	71	87	95	97							

Die Gewinne können bis 20. März 1921 bei Herrn Tischlermeister  
Heinrich in Dippoldiswalde, Kirchstraße Nr. 14, gegen Rückgabe der  
Gewinnliste abgeholt werden. Alle bis dahin nicht abgeforderten  
Gewinne verfallen dem Verein. Der Gesamtvorstand.  
Dippoldiswalde, den 13. März 1921.

**Mais**  
gerissen, bestes Hühnersutter, haben abzugeben  
**Standfuß & Tischbühl.**